



Bildung in Stadt und Landkreis

Nr. 8 - Mai 2018



Jeder vierte Lehrling bricht seine Ausbildung ab – Zur Situation der Berufsausbildung in Deutschland

Die Nachricht, dass die Abbrecherquoten in der dualen Ausbildung gegenüber den Vorjahren deutlich ansteigen und mittlerweile rund 26% eines Ausbildungsjahrganges die Ausbildung vorzeitig beendet, schlug Anfang April große Wellen in den Medien. Doch wo liegen tatsächlich die Ursachen für dieses Phänomen und was kann dagegen getan werden?

Erst einmal ist festzuhalten, dass die Abbrecherquoten nicht in allen Berufen gleich verteilt sind. Besonders in den Branchen, wo die Gehälter niedrig und die Arbeitsbedingungen schwierig sind, brechen überproportional viele Auszubildende vorzeitig ab. Sicherheitsfachkräfte brechen zu rund 50% ab, während es bei Verwaltungsfachangestellten nur rund 4% sind. Aus dieser Tatsache lässt sich ableiten, dass ein besseres Gehalt auch zu geringeren Abbrecherquoten führen wird. Die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vorgesehene Mindestvergütung für Azubis könnte diesem Trend in vielen Branchen entgegenwirken, wenn sie zum 1.1.2020 in Kraft tritt.

Ein genauerer Blick auf den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung zeigt jedoch, dass das Gehalt nicht der wesentliche Grund für den Abbruch ist: Konflikte mit Vorgesetzten, ungünstige Arbeitsbedingungen oder auch falsche Vorstellungen vom Beruf sind die häufigsten Gründe, die für einen Abbruch der Ausbildung sprechen. Aus Sicht der Arbeitgeber sind schlechte Leistungen oder fehlende Motivation große Hindernisse für eine erfolgreiche Ausbildung. Viele dieser Probleme haben die Ausbildungsbetriebe selber im Griff. Eine mangelhafte Qualität der Ausbildung kann durch die Ausbilder selber verbessert werden.

Denn das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse der Debatte: Der Arbeitsmarkt verändert sich. Junge Leute haben heute die große Auswahl unter möglichen Ausbildungen. Seit Jahren gibt es mehr offene Ausbildungsplätze als Bewerber. Und damit neigen die Azubis eher dazu, bei schlechten Bedingungen zu kündigen, als in Zeiten eines Lehrstellenmangels. Der Bericht hat also nicht nur eine negative Botschaft. Wer seine Ausbildung abbricht, landet meist nicht auf der Straße. Nahezu alle Abbrecher beginnen direkt eine andere Ausbildung oder ein Studium. Die hohen Abbrecherzahlen sind also weniger ein Zeichen einer Jugend, die nicht leistungsbereit ist, sondern der mehr Möglichkeiten offenstehen, als vorangegangenen Generationen. Die Azubis können und sollen daraus nicht ableiten, dass sie sich nicht anstrengen müssen. Die Leistung der Auszubildenden darf auch in dieser für sie sehr komfortablen Arbeitsmarktlage nicht nachlassen. Aber auch die Arbeitgeber müssen daraus Konsequenzen ziehen. Auch sie müssen sich um Azubis bemühen und können nicht immer in alten Mustern weiter verfahren. Wenn beide Seiten die Erwartungen der anderen erfüllen, wird es am Ende geringere Abbrecherquoten geben können.

Ausgewählte Termine in der Region

16.05.2018

Betriebsbesichtigung mit der SPD Flein und Rainer Hinderer

Wo?: Fa. soppe + partner Flein

25.05.2018

„Hinter den Kulissen“ der Wasserschutzpolizei mit Rainer Hinderer

Wo?: Wasserschutzpolizei Heilbronn

01.06.2018

1250 Jahrfeier Ruchsen mit Reinhold Gall

Wo?: Möckmühl

02.06.2018

150 Jahre Gesangverein Concordia 1868 e.V. mit Reinhold Gall

Wo?: Bad Wimpfen

Impressum

Wahlkreisbüro Reinhold Gall und Rainer Hinderer

Wilhelmstr. 3 74072 Heilbronn
Tel: 07131/5943071

Mail: info@reinhold-gall.de
info@rainer-hinderer.de

Unsere anderen Newsletter und weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.reinhold-gall.de>

Inklusion – Anspruch und Realität

Kein bildungspolitisches Thema verursachte in den letzten Jahren so erhebliche Diskussionen wie die Inklusion. Das Ziel behinderten Kindern die Möglichkeit zu bieten an Regelschulen zu lernen ist wichtig und richtig. Allen Kindern das gemeinsame Lernen zum gegenseitigen Vorteil zu ermöglichen bleibt oberstes Ziel der Inklusion. Trotz des hohen Anspruchs gibt es bei der Umsetzung der Inklusion zahlreiche Probleme, die es anzugehen gilt. Die Erfahrungen aus dem Land zeigen, dass dort, wo die Rahmenbedingungen



stimmen, die Inklusion ein wahres Erfolgsmodell sein kann.

Doch dort, wo notwendige Ressourcen und Konzepte fehlen, kann Inklusion schnell zu einem „Verwahren“ der Schüler mit Behinderung verkommen und die Vorteile des gemeinsamen Lernens verwandeln sich in Nachteile für alle Schüler. Um tatsächlich Bedingungen zu schaffen, die Inklusion im positiven Sinne ermöglichen, bedarf es zahlreicher zusätzlicher Anstrengungen, die die Landesregierung angehen muss. An vielen Schulen stehen die Sonderpädagogen den inklusiven Klassen nur wenige Stunden die Woche zur Verfügung. Ziel muss es aber sein, dass die allgemeinbildende Lehrkraft und der Sonderpädagoge mindestens etwa 20 Stunden in der Woche zusammen in der Klasse sind und damit eine Doppelbesetzung verfüg-

bar ist. Um eine Abdeckung zu ermöglichen bedarf es allerdings einer wesentlich besseren personellen Ausstattung. Daher sind umgehend mehr Ausbildungskapazitäten für Sonderpädagogen zu schaffen. Die bisher von der Landesregierung geplanten rund 1.300 zusätzlichen Stellen bis 2022 werden nicht ausreichen. Nach Schätzungen der GEW werden eher etwa 4.000 zusätzliche Sonderpädagogen benötigt, um die Ziele der Inklusion umzusetzen. Und selbst die bisher geschaffenen Stellen können kaum besetzt werden, was wiederum die Frage nach der Weiterqualifizierung von Grund- und Hauptschullehrern umso dringlicher erscheinen lässt. Doch nicht nur zusätzliche Lehrer sind notwendig um Inklusion gelingen zu lassen. Auch die Schulleitungen benötigen zusätzliche Kapazitäten um die Inklusion an der Schule zu verwalten. Darüber hinaus benötigen alle an der Inklusion beteiligten Lehrkräfte zusätzliche Ressourcen um die Arbeit im Team zu verbessern oder neue Konzepte zu entwickeln. Daher sollte über Entlastungsstunden für inklusiv arbeitende Lehrkräfte nachgedacht werden. Eine weitere wichtige Forderung muss weiterhin sein, die Klassen mit inklusiven Schülern nicht zu groß werden zu lassen. 20 Kinder erscheint hier das Limit, dass von den Lehrern händelbar ist.

Ein letztes wichtiges Thema ist die Fort- und Weiterbildung für alle Lehrkräfte. Die Grundlagen der Sonderpädagogik müssen allen Lehrkräften vermittelt werden, damit nicht weiterhin, wie heute häufig der Fall, Lehrer ohne fundiertes Wissen inklusive Klassen unterrichten müssen. Dies wird weder den Schülern noch den Lehrern gerecht und führt bei allen beteiligten Personen zu erhöhtem Frustrpotential. An dieser langen Liste notwendiger Veränderungen wird deutlich, dass die Inklusion ein langwieriger Prozess ist, der sich auch nicht von heute auf morgen perfektionieren lässt. Aber es wird aber auch deutlich, dass die Landesregierung möglichst rasch einiges unternehmen kann, was Schülern, Lehrern und Eltern das Leben erheblich erleichtern kann.

Aktuelles

SPD befürchtet Schulverwaltungsreform mit der Brechstange: SPD-Fraktionsvize Dr. Stefan Fulst-Blei mahnt Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann vor einer Umsetzung der Schulverwaltungsreform mit der Brechstange: „Reformen müssen nicht nur zu Papier gebracht, sondern auch umgesetzt werden. Deshalb geht eine solche nicht im Alleingang, sondern nur dann, wenn man alle Beteiligten und Betroffenen auch mitnimmt und involviert“. Er wirft der Kultusministerin weiterhin vor, bestehende Strukturen wie die Fremdevaluation voreilig zerschlagen zu haben und nun eine unausgelegene Turbo-Reform zugunsten ihrer eigenen Profilierung durchdrücken zu wollen. Ziel müsse die bessere Verknüpfung von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit der Lehrerausbildung und Lehrfortbildung sowie Schulpraxis sein. „Von mehr Kontrolle, mehr Hierarchie und mehr Bürokratie haben die Schulen erstmal gar nichts“, resümiert Fulst-Blei und warnt davor, die dringend notwendige Reform zu einer reinen Selbstbeschäftigung der Verwaltung verkommen zu lassen.